

Leipzig. Die Zeitung
erscheint täglich.
Zu beziehen durch alle
Postämter des In- und
Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Insertionsgebühr für
den Raum einer Zeile
2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. — Leipzig. Die Bewegung des Jahres 1848. Δ Frankfurt a. M. Zur Oberhauptfrage. Das Finanzwesen. Frankfurt a. M. Beschluß des Verfassungsausschusses in Betreff des Reichsoberhauptes. — Baron Kudriaffsky. O Leipzig. Die Staatsanwaltschaft. Wahlen. * Aus Baiern. Die Ministerkrise. München. Die Berufung der Abgeordneten. Die Reichsgesetze. Der Reichsbote und die Neue Münchner Zeitung. — Die Allgemeine Zeitung über den Rücktritt Lerchenfeld's. Hannover. Einberufung der Stände. Karlsruhe. Die Finanzen. Darmstadt. Alarm. * Altenburg. Landtag. Schleswig. Die Stände. Die Truppen. — General Orholm. Die Postverbindung.

Preußen. Berlin. Hr. Jung und Hr. v. Vincke. Hr. v. Roscielsky und Hr. v. Voigts-Rheg. Hr. Jung. — Die Titulaturen. — Die Stadtverordneten Berlins. — Conditior Karbe in Berlin verhaftet. * Aus Schlesien. Die Ablösungsfrage. Erfurt. Die Ereignisse am 24. Nov. Der Proceß. — Verhaftung des Oberlandesgerichtsdirectors Lemme in Münster. — Landrath Bauer in Krotoschin. Bromberg. Die Demarcation.

Oesterreich. Wien. Der Carneval. Hr. v. Schmerling. Salzburg. Kundmachung. — Die Reorganisirung der Gerichte. Das Postdepartement. Das Zollwesen. — Das sechste Armeebulletin. — Das Verwaltungsjahr 1848. * Prag. Großfürst Konstantin. Erzherzog Wilhelm. Die Verwaltung der Provinzen. Die Associationen. Congress der Slowanska Lipa-Bereine. Der Deutsche Verein. Die Israelitengemeinde. Neuwahl. Von der russischen Grenze. Die Grenzsperrre. Triest. Schiffbruch.

Italien. Rom. Die Giunta.

Frankreich. Nationalversammlung, Salzsteuer. Das diplomatische Corps beim Präsidenten. Convention zwischen England und Frankreich. Der neue Gesandte in Berlin. Hr. v. Raumer. Enquête über den Religionsunterricht. Unruhen in Amiens. Sympathien für den Prinzen Joinville. Der Papst. Hr. Guizot. Tagesbefehl des Generals Magnan.

Großbritannien. Politische Stille. Die Times über Ungarn. Zur Statistik des Capitals in England.

Dänemark. Flensburger Adresse.

Schweden und Norwegen. Das norwegische Morgenblad über Schlesiens Abtrennung von Dänemark. Postgesetz. Neue Batterie. Das kongsberger Silberbergwerk.

Handel und Industrie.

† Leipzig, 31. Dec. Ueber die Thätigkeit des Verfassungsausschusses in Frankfurt a. M. wird heute manches Neue gemeldet. Wenn die Deutsche Zeitung recht berichtet, so hat derselbe auch den Beschluß gefaßt, daß Deutschlands Oberhaupt der Kaiser heißen solle. Im Königreiche Sachsen geschehen jetzt, nachdem die Staatsanwälte für die verschiedenen Gerichtsbezirke ernannt worden, die letzten Schritte, um das provisorische Strafverfahren mit Öffentlichkeit, Geschworenen und Anklageproceß für Preß- und andere näher bezeichnete Vergehen, nach dem Gesetze vom 18. Nov. ins Leben einzuführen. Einen für seine Zeit unersehlich zu bezeichnenden Verlust erlitt die Hochschule Leipzig und die gesammte Wissenschaft noch in dem scheidenden Jahre durch den Tod des als Philolog und Vertreter des Humanismus weltberühmten, als Mensch in der höchsten Achtung stehenden Professor Dr. Gottfried Jakob Hermann, geb. 1772 zu Leipzig, der heute Morgen nach längerem Krankenlager erfolgt ist. In Baiern dauert die Ungewißheit über den Ersatz des Hrn. v. Lerchenfeld noch fort. Von Darmstadt schreibt man über Vorkehrungen, zu welchen die von Petersburg erfolgte Anzeige von abenteuerlichen Attentaten auf fürstliche Personen Anlaß gewesen sei. Was von der Thätigkeit der versammelten Kammern mehrerer kleinern deutschen Staaten gemeldet wird, bezieht sich meist auf Finanzangelegenheiten. In Hannover sind die Stände zum 1. Febr. einberufen worden. Die Nachrichten von politischen Proceß und Verhaftungen aus Preußen setzen sich fort. In Münster ist der gewesene Abgeordnete und Oberlandesgerichtsdirector Lemme eingezogen und, nach der Kölnischen Zeitung, in Ermangelung von geeigneter Gefängnisse im Zuchthaus untergebracht worden. Von einer Beendigung des Belagerungszustandes in Berlin ist noch immer Alles still. Indessen wird General Wrangel doch wol nicht hinter dem Verfahren in Spanien zurückstehen wollen, wo in gleichem Falle bei Corteswahlen für die Dauer derselben der Belagerungszustand stets aufgehoben wurde. Aus Schlesien wird das Verlangen nach Gesetzen laut, welche die Bezeichnung des Bodens als freies Eigenthum endlich zur Wahrheit machen möchten. Die im Großherzogthum Posen vom General Schefter-Bernstein abgesteckte Demarcationslinie soll bereits die Sanction der königl. preussischen Regierung erhalten haben.

Zu den v. Vincke-Jung'schen Handeln werden Erläuterungen mitgetheilt. Ueber Wien dauert noch der Belagerungszustand; auch hegt man fortwährend örtliche Besorgnisse. Ein 6. Bulletin von den kaiserl. österreichischen Truppen in Ungarn meldet den Entschluß der Festung Arad und andere gewonnene Vortheile. Aus den Stürmen des ablaufenden Jahres tritt Oesterreich, von welchem die Zukunft deutscher Entwicklung nicht getrennt werden kann, wie in eherner Verjüngung in eine neue Aera hinüber. Aus England behalten die Nachrichten den Charakter, den sie unter gewöhnlichen Umständen in dieser Saison der Weihnachtsfreuden besitzen. Von Paris wird die Abreise Fr. v. Raumer's gemeldet, ohne daß er sich als Gesandter der deutschen Centralgewalt habe geltend machen können. Mit England ist eine Verabredung über Vereinigung einer ansehnlichen combinirten französisch-englischen Seemacht vor Civitavecchia und Ancona getroffen worden. Die Nationalversammlung hat die finanziell wichtige Herabsetzung der Salzsteuer auf den dritten Theil vom 1. Jan. 1849 an gegen den Wunsch des Finanzministers, obgleich mit der geringen Mehrheit von 9 Stimmen votirt, nachdem die durch Decret der provisorischen Regierung bestimmte Aufhebung der Salzsteuer vorher annullirt worden war. Von Toulon aus verbreiten sich neue Gerüchte von bevorstehender Ankunft des Papstes.

Deutschland.

— Leipzig, 31. Dec. Die europäische Welt beendet heute ein Jahr, das für sich allein die große Zahl der ihm vorausgegangenen gesegneten Friedensjahre gleich einer weiten und tiefen Kluft abgrenzt. Niemand hatte bei dem Beginn desselben eine Ahnung von den Ereignissen, welche es gebracht hat. Das Augenmerk der größern Staaten war damals fast ohne Ausnahme vorzugsweise der Entwicklung von Handel und Industrie, von Kunst und Wissenschaft, sowie gesellschaftlichen Verbesserungen und Fortschritten mannichfaltiger Art zugewendet, und von mehreren wurden für diese Zwecke finanzielle Anstrengungen außerordentlicher Art gemacht. Das Studium der Mittel zur Beförderung des Nationalwohlstandes beschäftigte unausgesetzt die Staatsmänner, und in den Ländern europäischer Cultur war die Allgemeinheit von Bildung und Kenntnissen auf einen Punkt gelangt, der zu keiner Zeit vorher erreicht ward und welchem der Ausspruch huldigt: „Kenntniß ist Macht.“ Von den Regierungen ließ sich ferner nicht behaupten, daß sie im Allgemeinen die Forderungen des Zeitalters nicht bis zu einem gewissen Grade erkannt und auch begünstigt hätten. Allein es geschah nicht in der sichern und durch sich selbst befriedigenden Weise, welche sich ganz natürlich aus der Anerkennung des Princips ergeben haben würde, das als Grundlage der neuen Richtung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der christlich-europäischen und christlichen Welt überhaupt, gleichwol kein Geheimniß mehr war. Berühmte Lehrer der Staatswissenschaften haben dasselbe längst als das demokratische Princip namhaft gemacht. Vor 20 Jahren schon wies z. B. Zacharia (in seinen Abhandlungen) die demokratische Richtung in der Weise nach, wie die europäischen Regierungen selbst das Vermögen der Nation und das eigne bewirthschafteten und zu bewirthschaften sich bestrebten, was nothwendig eine Gesetzgebung gleicher Tendenz im ökonomischen Gebiete der Staaten mit sich brachte. Gleichwol entsprach dem in weiten Ländergebieten nicht die Gesetzgebung für andere Seiten der gesellschaftlichen Zustände, wo man zum Theil ganz entgegengesetzte Grundsätze fest zu halten sich befeiligte. Beide Richtungen brachten daher, anstatt die Kräfte der Gesellschaft für das Gemeinwohl zu vereinigen, einen Widerstreit von Interessen hervor, welcher sich in einer weit verbreiteten Unzufriedenheit der Völker, insbesondere von Mitteleuropa aussprach. Eine scharf eingreifende Gährung in den Elementen der Gesellschaft war nicht zu verkennen. Wol erkannte Mancher darin die Vorboten einer näher rückenden wesentlichen Umgestaltung der gesellschaftlichen und auch der politischen Verhältnisse der europäischen Menschheit; allein wer hätte den Zeitpunkt der Krisis selbst zu bestimmen vermocht, deren vereinzelt sich ankündigende Symptome nach ihrem großen Zusammenhange noch dazu meist verkannt wurden. Die außerordentlichen Begebenheiten des abgelaufenen Jahres erst, welche das Innere der Gesellschaft gleichsam bis in seine elementarischen Bildungen für das Auge offen legten, haben es möglich gemacht, genauere Rechenschaft davon zu geben. Der letzte Anstoß zu dem gewaltthätigen Umschwunge ging abermals von der Seine aus. Paris, der Tyrann jenes Frankreichs, welches die prunkenden Worte eines seiner Schriftsteller durch

seine Sitten, seinen Ruhm, sein Genie zu groß nennen, als daß es dem glänzendsten Königthume gelänge, einen einzigen Augenblick das Gefühl der unfürblichen Rechte und der alten Unabhängigkeit des Volkes zu verfinstern, das aber seit zwei Generationen gewöhnt worden ist, alle Ideen von Recht und politischer Würde, allen Fortschritt auf die Basis der Revolution zurückzuführen, Paris stürzte sein eignes Werk, den in den Julitagen von ihm errichteten Thron, und proclamierte anstatt der republikanischen Institutionen, mit welchen Ludwig Philipp ihn hatte umgeben sollen, die Republik.

Dieser Umschwung im Nachbarlande traf unser deutsches Vaterland am Ausgange eines großen, ein volles Menschenalter erfüllenden Zeitraums, innerhalb dessen das in seiner organischen Entwicklung sich gehemmt fühlende Volksleben viel, jedoch meist vereinzelt, nach seiner vielseitigen Natur entsprechender Formen gerungen hatte, als die ihm vergönnt waren. Was in jener langen Zeit sich mehr noch auf dem breiten Grunde der Bevölkerung als in der äußern Erscheinung vorbereitet und gleichsam zusammengeballt hatte, explodirte naturgemäß, da der Weg allmäliger Entwicklung keine befriedigende Ableitung gewährt hatte, als im Frühjahr aus Frankreich der zündende Funke überschlug. Das Verlangen nach Reform stürzte sich alsbald in die Richtung der Revolution. Die Geschichte gibt Zeugniß, daß zuweilen die Herausbildung neuer öffentlicher Rechtsverhältnisse, des Staats- wie des Staatsrechts, unter solchen gewaltsamen Bedingungen und in Krisen sich durchsetzt, die keine der vom bisherigen Recht dazu gesetzten Formen und gebahnten Wege einhalten. Es pflegt das einzutreten, wo die bestehenden Verfassungen nicht elastisch genug sind, neue Bildungen rasch in sich aufzunehmen, gleichsam aus sich heraus das von der Zeit Verlangte zu erzeugen, weil in den ältern Formen das Leben schon so weit erkaltet war, daß sie der Schnellkraft der neuen Gestaltungen weder einen Anhalt zu gewähren noch erfolgreichen Widerstand zu leisten im Stande sind. Die deutsche Bundesversammlung war vollständig in diesem Falle, nicht so ganz die deutsche Gesamtverfassung und noch weniger die Verfassungen einzelner deutscher Staaten. Das Vertrauen zu dem Lebensfähigen in denselben hat daher eine gemeinsame Herrschaft der Revolution und der Anarchie in Deutschland unmöglich gemacht. Wir sahen in einzelnen Staaten die Bewegung sich bald von dem revolutionären Anstöße losfagen und dadurch für ihre Zwecke konsolidiren, daß sie bei Formulirung des Neuen wieder in den Weg des Rechts einbog (wie auch in unserm Sachsen), dem einzigen, welcher den Zuständen jene Sicherheit zu geben vermag, welche die Mutter des öffentlichen Vertrauens zu denselben ist. Denn das Recht ist im wahrhaft civilisirten Staate, wie im europäischen Staatensysteme der Grundstein jedes Schaffens. Wie im Staate die Freiheit und das öffentliche Vertrauen von der Achtung und Ausgleichung der gegenseitigen Rechtsansprüche der Bürger im Sinne des Gemeinwohls bedingt ist, so im europäischen Staatensysteme von der gleichen Handhabung des internationalen Rechts und der internationalen Interessen. Nur in ihrem aufsteigenden Stadium vermag die Revolution zu dictiren. Deutschland hat es hinter sich und wir gehören zu denen, welche der Meinung sind, daß es gelte, kühne Griffe gut zu machen, anstatt sie durch neue zu überbieten. Denn das Vaterland will keine neue Zerüttung heraufbeschwören, sondern die neue Ordnung auf dem Wege des Rechts begründet sehen, der allein dem Neuen Sicherheit und Vertrauen zu verschaffen vermag.

Δ Frankfurt a. M., 29. Dec. Die Oberpostamts-Zeitung enthielt einen Artikel über die sogenannte Jürgens'sche Partei des Pariserhofes und ein Programm dieser Partei, nach welchem alle vier Jahre von den deutschen Fürsten in sieben Wahlkreisen mit neun Stimmen ein Reichsverweser zu ernennen wäre. (Nr. 362.) Alles, was in diesem Artikel enthalten ist, ist falsch. Das Programm ist kein Plan dieser Partei, sondern ein von Max v. Sagem in Umlauf gebrachtes Project. Die Partei, die entschieden der Aufgabe der Versammlung gemäß eine Verfassung für ganz Deutschland, also auch für Oesterreich will, wird einsehen, daß mit der Organisation der Spitze der Verfassung die Frage nicht zu schlichten ist. Mit dem sofort als unpraktisch erkannten Siebzehnerentwurf war leider Riß und Schema gegeben, von dem nicht wieder loszukommen war. Jetzt muß es gehen und biegen oder brechen. *Fiat doctrina et pereat Germania* ist die Professorendevise. Bisher hatte man sich in Unklarheit über die praktische Ausführbarkeit gehalten, man hatte sich Illusionen gemacht. Selbst Hr. v. Schmerling hatte für den constitutionell-kaiserlichen Einheitsapparat im Collegium der Siebzehn votirt, aber wie alle Oesterreicher ein österreichisches Kaiserthum daneben als selbstverständlich vorausgesetzt. Jetzt sieht man, daß der Plan nicht für Oesterreich paßt, also soll Oesterreich herausgelassen werden. Oesterreich ist freilich mit Rußland und Frankreich im Bunde, und wir Uebrigen haben den dänischen Krieg, in welchem diese beiden Mächte unsere Gegner sein werden. Das schadet aber nichts, *fiat doctrina et pereat Germania!* Nun überzeugt man sich auch, daß der Plan nicht für Preußen paßt, daß eine Obermonarchie, in welcher ein kleiner Fürst Kaiser werden kann, mit

Preußen als Untermonarchie ein Umding wäre. Consequenterweise müßte man nun auch Preußen herauslassen, was C. Franz in einer in Berlin erschienenen Broschüre auch alles Ernstes vorschlägt, dann paßte die Sache für Baiern nicht, man ließe auch dieses heraus, und so nach und nach Alle, bis daß man nichts mehr behielte. Dann wäre doch wenigstens der Plan nicht geändert und paßte für ein ideelles Deutschland, wenn man auch wirkliche Staaten nicht mehr hätte, die darunter paßten. So geht man den Dingen, die da kommen sollen, wie blinden Naturereignissen entgegen. Von den Meisten hört man, was auch heute die Oberpostamts-Zeitung anrath, daß man die Verfassung schnell vollenden, schnell ein Oberhaupt creiren wolle, und dann möge kommen was da wolle! Das ist allerdings eine treffliche Staatsweisheit, die am Ende die Dinge dem blinden Zufalle vorwirft und sagt: Es mag kommen was will! Aus allen diesen Gründen gewinnt hier nach und nach die Ansicht Raum, man müsse von dem Plan einer centralisirten constitutionellen Verfassung zurückkommen und das föderative Element voranstellen. Selbst die Oberpostamts-Zeitung, die vor 14 Tagen Dergleichen um keinen Preis gedruckt hätte, läßt heute durchscheinen, daß es so übel nicht sei, wenn sich die Regierungen einigten und durch die Centralgewalt der Versammlung einen Plan vorlegten. Namentlich muß die Fraction Jürgens ein Zurückgehen von dem bisher verfolgten Plane für nöthig halten; sie muß auf ein Directorium mit einem Reichsrathe, der zugleich auch als Staatenhaus zu fungiren hat, zurückkommen und danach den auf volle Centralisation angelegten constitutionellen Apparat beschränken. Ob ein solches Zurückgehen möglich ist, steht freilich dahin. In der Versammlung kann sich begeben, was schon mehrfach vorgekommen ist, und jeder Einzelne sieht ein, daß die Sache im Grunde vernünftig sei, meint aber, sie werde nicht durchgehen, und so stimmen Alle dagegen. Die nach einem „Herrn“ verlangen, um ihr Schema mit Bayonneten durchzusetzen, und die Wähler würden über Particularismus, Restauration des Bundestags etc. schreien, und das Volk würde am Ende Beiden glauben. Adressiren doch schon jetzt Landstände und constitutionelle Clubs für den constitutionellen Kaiser! Allein jener abstracte Bundesstaat wird entweder gar nicht ins Leben treten oder sich gar nicht halten, indem er entweder zerfallen wird oder durch Militairgewalt in einen Einheitsstaat übergehen muß.

Die Vorlage des Verfassungsausschusses über die Befugnisse des Reichstags im Finanzwesen zu §. 19 des Entwurfs über den Reichstag lautet: Bei Feststellung des Reichshaushalts treten folgende Bestimmungen ein: 1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus. 2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belaufe dieses Antrags erfolgen. 3) Die Dauer der Finanzperiode ist ein Jahr. 4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds sowie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstage durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf spätern Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschuß. 5) Dieses Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshause vorgelegt und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und bewilligt. 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesamtbetrags des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgesetzt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt. 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets eines Reichstagsbeschlusses. 8) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Dieser Entwurf ist charakteristisch genug. Hoffen wir, daß er im Verfassungsausschusse nicht durchdringe. Er paßt für einen Einheits- und keinen Bundesstaat, am wenigsten für Deutschland. Reichsfinanzen und Reichsfinanzminister führen zum Uebel, zu Verwirrungen der Finanzen und Administration der Einzelstaaten und zu Reichsschulden, für welche am Ende der Schuldner fehlt. Hat der Finanzminister keine Finanzverwaltung, so schafft er sich eine, wie wir das jetzt sehen, wo aus den Ausgabeposten und den Einnahmen, die durch Matrikelbeiträge kommen sollen, ein Budget präparirt und Matrikelbeiträge der Staaten höchst unconstitutioneller- und unbefugterweise von der Nationalversammlung votirt sind. Künftig ist die Sache aber bedenklich. Eine gehörig centralisirte Finanzverwaltung beim Reiche, in welche das Volkshaus in seiner Unfähigkeit, sich zu beschränken, schon die nöthigen Details bringen wird, bei dem das Staatenhaus aber so gut als nichts zu sagen haben sollte, ist der sicherste Beginn eines Hinüberführens des Bundesstaats in den Einheitsstaat. Sollte man das hier nicht wissen? Wir zögen wahrlich vor, man sagte offen — was übrigens im Verfassungsausschuß auch zwar offen, aber doch nicht öffentlich gesagt wird — daß man den Bundesstaat nur als Stufe

zum alsb
rung der
und alle
fentlichkeit
wenn man

fran
aus sch u
deutschen
Oberhaupt

fran
hat den G
ron Rud
Marine, h
und Berg

— Nach
mitgetheil
vate Entw

o Leipz
zig ist für
anwalt
anwalt des
Polizeibeh
verschieden
feien und

zu ihrer K
walt ihres
bei weiter
darauf be
zu unterst

Dec. die f
ohne vorgä
Berhaft
fiel die W
mit 1432
und Wald
Karl Hein
Julius C

* Aus

farbig und
über das
rium zu
noch irgend
dung des C

von einer
denn die W
halten zum
wenn man

Idee eines
wie schief
führer Hein
zugleich im
Zweifel me

dem Minist
in seinem
den über di
vorausbestir

progressive
sche" Idee
Rechtlichkeit
der Tages

manche Fei
ihm stoßen
daß es seh
möge in de
des Fehrn.

stellen. W
über manche
ten behaupt
v. Verchenfel

ministerium
ten, als w
nete zu Ny
weise wird
in Baiern

so hat man
sesehtwürfe
legt, bereits
auseinander
schwerlich n

zum alsbaldigen Uebergange in den Einheitsstaat und zur Supprimierung der Einzelstaaten wolle. Dann wüßte Jeder, woran er wäre, und alle Suspicionen, Besorgnisse und Ungewissheiten, die zu der Defensivität und Aufrichtigkeit wenig passen, fielen weg. Schlimm genug, wenn man erst anfängt Rückgedanken zu besorgen.

Frankfurt a. M., 29. Dec. (Mittags). Der Verfassungsausschuss hat sich soeben entschieden: 1) daß einer der regierenden deutschen Fürsten zum Reichsoberhaupt erwählt; 2) daß dieses Oberhaupt Kaiser genannt werden solle. (D. L. Z.)

Frankfurt a. M., 28. Dec. Das österreichische Ministerium hat den Commandanten der österreichischen Flotte, Contreadmiral Baron Rudriassky, einen ausgezeichneten Offizier der österreichischen Marine, hierher gesendet, um an den Beratungen über Organisirung und Vergrößerung der deutschen Flotte Theil zu nehmen. (D. V. A. Z.)

— Nach der Oberpostamts-Zeitung ist der auch von uns (Nr. 362) mitgetheilte Entwurf, das Reichsoberhaupt betreffend, nur der private Entwurf eines Mitglieds der Reichsversammlung.

o Leipzig, 31. Dec. Der Advocat Hermann Baumgarten zu Leipzig ist für den Bezirk des dasigen Appellationsgerichts zum Staatsanwalt ernannt worden. — Unterm 28. Dec. erläßt der Oberstaatsanwalt des Königreichs Sachsen, Dr. Schröder, eine Verordnung an die Polizeibehörden des Landes, worin er dieselben, nachdem nun die für die verschiedenen Bezirke des Landes aufzustellenden Staatsanwälte ernannt seien und deren Verpflichtung stattgefunden habe, anweist, von allen zu ihrer Kenntniß kommenden betreffenden Vergehen den Staatsanwalt ihres Bezirks schleunigst in Kenntniß zu setzen, denselben auch bei weiterer Verfolgung dieser Vergehen durch Mittheilung aller darauf bezüglichen Nachrichten und sich etwa ergebenden Inzichten zu unterstützen. — Das Ministerium der Justiz hebt unterm 27. Dec. die früher den Appellationsgerichten zugewiesene Befugniß, auch ohne vorgängige Beschwerde die Einleitung von Untersuchungen und Verhaftungen anzuordnen, auf. — Im 35. Wahlbezirke (Limbach) fiel die Wahl in die II. Kammer auf den Dr. Joseph in Lindenau mit 1432 Stimmen; im 34., 35. und 36. Bezirke (Penig, Limbach und Waldenburg) wurde in die I. Kammer der Buchdruckerbesitzer Karl Heinrich Voigt mit 3823, und Kaufmann Dr. Karl Julius Esche in Limbach mit 2483 Stimmen gewählt.

*** Aus Baiern, 28. Dec.** Noch immer schwankt das Gerücht vielfarbig und einer von Tag zu Tag wachsenden Namenlawine gleich über das Schicksal, welches unserm Lande hinsichtlich des Ministeriums zu Theil werden wird; fast ist schon kein höherer Beamter noch irgendwie bekannter Mann mehr übrig, den man nicht zur Bildung des Cabinets berufen sein läßt, und zuletzt ist so viel gewiß, daß von einer eigentlichen Bildung eines Cabinets gar keine Rede sein wird; denn die Minister Heine, Bray und Weigand scheinen nicht große Anstalten zum Rücktritte zu machen. So unglaublich das klingen mag, wenn man weiß, wie sehr man von Seiten dieser Minister an der Idee eines Gesamtministeriums festhalten zu wollen erklärt hatte, und wie schief die Stellung ist, in welche sich der ehemalige Oppositionsführer Heine setzt, wenn er mit den Ultramontanen Schenk oder Edel zugleich im Ministerium bleiben könnte, so scheint doch darüber kein Zweifel mehr zu herrschen, daß, falls nicht neue Umstände eintreten, dem Minister v. Lerchenfeld keiner seiner bisherigen Collegen und Freunde in seinem Schritte nachfolgen wird. Uebrigens läßt sich nach Umständen über die kommende Gestaltung unserer Regierung gar nichts mehr vorausbestimmen. Daß Frhr. v. Lerchenfeld, vorzüglich durch seine progressive Einkommen- und Capitalsteuer, über welche „communistische“ Idee alle Geldaristokraten empört sind, und durch die strenge Rechtlichkeit, mit welcher er jeder Bevorzugung, auch der jetzt an der Tagesordnung befindlichen, des „Bürgers“ entgegentrat, sich manche Feinde gemacht hat, ist natürlich, und daß diese jetzt nach ihm stoßen und schlagen, ist noch natürlicher. Dazu kommt noch, daß es sehr im Interesse Derjenigen liegt, welche wünschen, man möge in dem gethanen Schritte keine Reaction sehen, den Rücktritt des Frhrn. v. Lerchenfeld als einen „persönlichen Conflict“ darzustellen. Wie das geschieht, ist aber, abgesehen von der Sache selbst, über manche Dinge sehr lichtverbreitend. So wird von einigen Seiten behauptet, die Gesekentwürfe, wegen deren Nichtannahme Frhr. v. Lerchenfeld seine Entlassung genommen, seien nicht vom Gesamtministerium an die Krone gebracht worden; wer könnte dies behaupten, als wer entweder selbst im Ministerrathe gewesen oder im Cabinet zu Nymphenburg darüber Kunde erhalten; und unbedachtsamerweise wird hierbei sogleich die Behauptung angefügt: übrigens existire in Baiern keine Camarilla. Was die Hauptfrage selbst aber betrifft, so hat man hierbei leider übersehen, daß die vielfältig berührten Gesekentwürfe, als officiell vom Gesamtministerium der Krone vorgelegt, bereits vor einem Monat in dem Regierungsorgane weitläufig auseinandergesetzt erschienen sind, daß man also dem Publicum wol schwerlich mehr die Unwahrheit wird glauben machen können. Ein

Grund, warum Lerchenfeld abgetreten sei, liege auch, erzählen Andere, in dem gänzlichen Fehlschlagen des von ihm projectirten freiwilligen Anlehens. Allein wenn man bedenkt, was es heißen will in jetziger Zeit, eine freiwillige Anleihe zu begehren, und daß ein Land wie Baiern in einem so kurzen Zeitraum 4 Mill., und darunter gegen 1 Mill. auf Namen, gezeichnet hat (so viel beträgt nach sichern Nachforschungen ungefähr die Totalsumme), so scheint darin ein großartiges Vertrauensvotum für den Minister zu liegen; kurz, es will nirgend mit dem Verbergen des wahren Sachverhalts recht zusammengehen, und die allgemeine Meinung wird wol diesmal nicht zu täuschen sein.

München, 27. Dec. Von einem Abgange der Einberufungsschreiben an die Landtagsabgeordneten verlautet noch immer nichts; dagegen sollen die bisher von der deutschen Centralgewalt durch das Reichsgesetzblatt ausgeschriebenen Reichsgesetze demnächst auch in Baiern verkündet werden. — Durch Präsidialrundschriften vom 5. Dec. sind auf den Grund der höchsten Entschliebung vom 21. Jul. d. J. die sämtlichen der Regierung von Oberbaiern untergeordneten Stellen und Behörden zur Anschaffung des „Reichsboten“ aus Regiemitteln ermächtigt worden. Ebenso hat das Regierungspräsidium in der Pfalz an die Schulinspectionen eine ähnliche Weisung in Bezug auf die Neue Münchner Zeitung ergehen lassen. (D. L. Z.)

— Ein Correspondent der Allgemeinen Zeitung, kein Reactionair, wie sie dazu bemerkt, schreibt über Frhrn. v. Lerchenfeld's Rücktritt: Von einer eigentlichen Ministerkrise kann bis jetzt wenigstens nicht die Rede sein, wenn Ministerium und Frhr. v. Lerchenfeld nicht als gleichbedeutend genommen werden. Er allein hat seinen Abschied begehrt und ist ungeachtet der Aufforderung, davon abzusehen, zumal unter den gegenwärtigen Umständen und bei der Nähe der neuen Kammer, bei seinem Begehren geblieben. Ferner war dasselbe nicht auf einen Conflict mit der Krone, sondern auf einen Conflict mit seinen Collegen über den von ihm vorgelegten Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes gegründet. Sind wir recht unterrichtet, so ruhte derselbe keineswegs auf dem Princip, das den Gemeinden die möglichst freie Bewegung in ihren Sphären zuerkennet und allein die eigentlich gouvernementalen oder allgemeinen Angelegenheiten der Regierung vorbehält, sondern er warf durch die Einsetzung von Districts- und Kreisversammlungen *) und durch die ihnen zugewiesene Competenz Beides durch einander und brachte durch Aufstellung von permanenten Ausschüssen bei den Kreisregierungen diese unter den hemmenden und überwiegenden Einfluß einer ganz neuen Art von Wohlfahrtsausschüssen. Ist dies gegründet — und die Wichtigkeit, die man dem daran sich knüpfenden Ereignisse gibt, verdient wol, daß jener Gesetz-Embryo als der Crispfel unserer freitenden administrativen Potenzen zur Aufklärung der Sache so bald wie möglich gedruckt werde — so erklärt sich daraus vollkommen, wenn die übrigen Minister mit einer solchen Einrichtung, die eine selbständige Bewegung der Verwaltung in ihrer Sphäre aufhob, sich nicht einverstanden erklären konnten, sowie es ebenfalls natürlich ist, wie Frhr. v. Lerchenfeld, der an diese oder an eine ähnliche Maßregel seinen Erfolg bei der neuen Kammer geknüpft achtete, sich aus der Verwaltung zurückzog, als er damit im Ministerrath in der Minorität oder gar allein blieb. Wir halten es aber ganz gegen seine Gesinnung und für eine schändliche Verleumdung, wenn man ihm nachsagt, er habe sich aus Verzweiflung an dem Gelingen seiner Thätigkeit bei der Kammer, also vor der Schlacht zurückgezogen, um, was man sagt, einen glänzenden Rückzug machen zu können. Ebenso darf man es aufrichtig beklagen, daß die Verwaltung und die Krone seiner Ehrenhaftigkeit und seiner Talente in einem Augenblicke, wo sie derselben vorzüglich bedürftig sein können, beraubt wurden.

Hannover, 29. Dec. Durch königl. Proclamation vom 28. Dec. ist die allgemeine Ständeversammlung auf den 1. Febr. nach Hannover einberufen.

Karlsruhe, 27. Dec. Die Karlsruher Zeitung theilt aus dem in der II. Kammer gehaltenen Vortrage des Präsidenten des Finanzministeriums, Staatsrath Hoffmann, über die außerordentlichen Deckungsmittel für das Jahr 1849 Folgendes mit: Der Großherzog wird, so wie im Jahre 1848, auch im Jahre 1849 einen Beitrag von 100,000 Fl. leisten. Er kann dies nicht aus den Ueberschüssen der Civilliste; schon der Beitrag für das Jahr 1848 mußte größtentheils durch Capitalaufnahme gedeckt werden. Er hat nun zwar in allen Zweigen seiner Verwaltung die höchste Sparsamkeit anbefohlen, aber rechtsverbindliche Lasten, wie die meisten sind, können nicht plötzlich entfernt werden, und in seiner Mildthätigkeit gegen das Unglück kann sich sein edles Herz nicht beschränken. Er muß daher auch den Beitrag für 1849 wieder größtentheils durch Capitalaufnahme decken und belastet dadurch die Civilliste auf eine Reihe von Jahren so, daß nur größere Einschränkungen den Ausfall zu decken vermögen. Er thut

*) Auch der neueste österreichische Gemeindegesekentwurf begründet, neben den Detsgemeinden, Gau-, Bezirks- und Kreisgemeinden. Die Schweiz, England und Frankreich kennen ähnliche Einrichtungen.

dies gern, weil er bei jedem Nothstande, der zu seiner Kenntniß kommt, zur Hülfe bereit ist, und so auch jetzt bei dem allgemeinen Nothstande des Landes. Das Land wird die Anerkennung dieser Opfer gewiß nicht versagen. Sodann ist die großherzogl. Familie ebenfalls bereit, den Beitrag von 25,000 Fl., den sie im Jahre 1848 leistete, auch für das Jahr 1849 mit 25,000 Fl. zu wiederholen, sei es in Form einer außerordentlichen Steuer, sei es in Form eines freiwilligen Beitrags. Wenn man erwägt, daß ungefähr die gleiche Summe (24,900 Fl.) von den vor dem Apanagengesetze bewilligten älteren Wittthumen und Apanagen als ordentliche Klassensteuer jährlich bezahlt wird, so steigt der Beitrag der großherzogl. Familie in jedem der beiden Jahre auf die Summe von 50,000 Fl., was den fünften Theil der gesammten Bezüge ausmacht.

Warmstadt, 24. Dec. Gestern ist unsere Stadt auf eine eigenthümliche Weise alarmirt worden. Man hörte plötzlich, daß die Wachen im Schlosse verstärkt, Kanonen in der Nähe aufgeföhren, die Soldaten conquiret seien, und vernimmt jetzt folgende etwas abenteuerlich klingende, aber wirklich wahre Lösung des Räthfels. Ein nordischer außerdeutscher Hof (Rußland) hat hierher und an zwei andere deutsche Regierungen die Mittheilung gemacht, es seien Papiere aufgefunden worden, aus denen hervorgehe, daß am 26. Dec. ein Attentat auf mehrere deutsche Souveraine, worunter auch der Großherzog von Hessen, beabsichtigt sei. Diese Mittheilung hat nun die erzählten Vorsichtsmaßregeln veranlaßt. Daß der ganzen Sache eine wohlgelungene Mystification zu Grunde liegt, darüber wird wol kein Unbefangener und Sachverständiger zweifelhaft sein. (M. J.)

* **Altenburg, 30. Dec.** In der Sitzung der Landschaft am 12. Dec. wurde der Gesetzentwurf, die Aufhebung der Schußgelder betreffend, verathen. Ein Antrag der Abgg. Hesse und Gerlach: die Landschaft möge beschließen, daß der Staatsregierung die Genehmigung erteilt werde, die Summe von 80,000 Thlr. zu Vorschüssen an die Gemeinden, welche mit Einquartierung belastet sind, zu verwenden, wurde mit 18 gegen 11 Stimmen angenommen. Schließlich wurde über den Gesetzentwurf, die Ablösung der Feudallasten betreffend, abgestimmt und derselbe mit den abgeänderten und ergänzten Beschlüssen mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen. Eine höchste Verordnung vom 27. Dec. besagt, daß es unthunlich gewesen sei, die Einnahme- und Ausgabe-Voranschläge für die bevorstehende Finanzperiode von 1849 und 1850 mit getreuer Landschaft rechtzeitig festzustellen, letztere vorläufig bewilligt habe, daß in dem Vierteljahre vom 1. Jan. bis 31. März 1849 die dormalen bestehenden Steuern und Landesabgaben fortbestehen sollen. Demnach wird verordnet, daß bis zum 1. April 1849 die bisher verwilligten und gegenwärtig bestehenden directen und indirecten Steuern und Landesabgaben zu den fälligen Terminen pünktlich zu entrichten seien.

Schleswig, 28. Dec. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde von Seiten des Finanzdepartements darauf angetragen, daß die gemeinsame Regierung zur Forterhebung der bestehenden Steuern pro 1849 ermächtigt werden möge. Die Landesversammlung genehmigte diesen Antrag mit der Abänderung, daß es statt „gemeinsame Regierung“ heiße: „jetzige gemeinsame Regierung.“ Dagegen wurde der von einem Abgeordneten gestellte Antrag, daß die Ermächtigung auf die Zeit bis zum 1. Mai 1849 beschränkt werde, mit sehr großer Stimmenmehrheit verworfen. Hierauf beschloß man die Niederlegung eines aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Begutachtung des Budgets für 1849. — Wie man vernimmt, sind die bis Ende Januar beurlaubten unserer Armee bereits zu Anfang Januar wieder einberufen. Man bringt dies in Zusammenhang mit der Verstärkung der dänischen Truppen auf Alsen, die, wie es heißt, dort gegenwärtig bereits in einer Stärke von 12,000 M. concentrirt sein sollen. (B. S.)

Schleswig, 27. Dec. General Orholm kam vor einigen Tagen von London hier durch und ging über Alsen nach Kopenhagen, wo er 14 Tage verweilen wird, um dann mit seiner Familie nach London zurückzukehren. Derselbe hat, dem Bernehmen nach, keine Verhandlungen mit der von seiner Regierung sogenannten insurrectionellen gemeinsamen Regierung gehabt. Die Postverbindung wird hergestellt, so jedoch, daß es eine schleswig-holsteinische und dänische Post in Hamburg geben, mithin in dem dortigen Posthause das dänische und schleswig-holsteinische Wappen erscheinen wird. (S. C.)

Prenßen.

Berlin, 30. Dec. Der Erklärung, welche Hr. Jung in Betreff seines Rencontre mit Hr. v. Vincke der National-Zeitung zur Veröffentlichung übergeben hat, entnehmen wir in Folgendem den Inhalt der zwischen beiden Theilen gepflogenen Correspondenz: Hr. Jung ließ unterm 16. Dec. Hr. v. Vincke seine Forderung mit dem Bemerkten zugehen, „daß, so sehr er auch sonst die Rodomontaden des Hr. v. Vincke verachte, doch die Gelegenheit, einen Verräther zu züchtigen, zu günstig sei, um sie nicht zu benutzen.“ Hr. v. Vincke entgegnete, „er

sei mit Vergnügen bereit, die an ihn gerichtete Aufforderung anzunehmen, und er acceptire den Vorschlag, sich in Eisenach zu treffen.“ Zugleich bestimmte er vorläufig den 28. Dec. Morgens als Zeitpunkt des Kampfes. Am 21. Dec. schrieb er abermals und theilte mit, daß der frühere Minister Graf Schwerin und der Frhr. v. Schlottheim ihn als Secundanten begleiten würden. Mit diesem Briefe zugleich langte ein Schreiben dieser beiden Secundanten vom 22. Dec. an, in welchem es heißt: „Aus zuverlässiger Quelle seien ihnen Thatsachen in Betreff der Person des Hr. Jung mitgetheilt worden, die eine nähere Aufklärung erheischen. Wir dürfen annehmen, hieß es weiter, daß Sie, die Richtigkeit der Thatsachen vorausgesetzt, den darin enthaltenen Beschuldigungen Ihrer Ehre gebührend entgegengetreten und sich dadurch die Fähigkeit erhalten haben werden, auf die von Ihnen gewünschte und von Hr. v. Vincke angenommene Weise Satisfaction von diesem für die Ihnen vermeintlich angethane Beleidigung zu fordern; unsere Pflicht erheischt aber zuvor von Ew. Wohlgeb. gefälligen Nachweis zu erbitten. Nur insofern dieser vollständig genügend geführt wird, würden wir unserm Freunde rathen können in das Duell mit Ihnen einzugehen.“ In einer Anlage waren jene „Thatsachen“ aufgeführt: 1) Jung habe in der Nationalversammlung geäußert, daß von den berliner Barricadenkämpfern viele im Glend schmachteten; der berliner Magistrat habe ihn hierüber „der absichtlichen Unwahrheit beschuldigt, ohne daß die Erwiderung des 2c. Jung den ihm gemachten Vorwurf entkräftet habe;“ 2) Jung habe in der Nationalversammlung erklärt, „daß ein bekannter General Geld bei der Barricade (16. Oct.) unter das Volk vertheilt und dasselbe zum Aufruhr aufgefordert habe. Der Oberst a. D., F. v. Bülow, habe darauf den 2c. Jung für einen Lügner und Verleumder erklärt, wenn er seine Angabe nicht bewahrheiten könne. Er habe dies nicht gethan und stehe bis jetzt als satisfactionsunfähig da. Als am 27. Dec. die Parteien in Eisenach angelangt waren (für den inzwischen erkrankten Grafen Schwerin Hr. v. Voigts-Rheek) und die Unterhandlungen der Secundanten Hr. v. Vincke von der bestimmten Erklärung: „daß er sich jetzt nicht schießen werde,“ nicht abzubringen vermochten, gab Hr. Jung, um nichts unversucht zu lassen, noch folgende Erklärung: „Gegen das betreffende Inserat des Hr. v. Bülow habe ich keinerlei Schritte gethan, 1) weil die Berichtigung in meiner Rede selbst und im stenographischen Berichte lag, 2) weil ein Mehreres zu thun mir der bekannte Charakter der Bülow'schen Anfragen verbot, denen eine Wichtigkeit beizulegen dem Ernste meiner Stellung zuwider gewesen wäre. Eisenach, 27. Dec. 1848. Abends. (Gez.) Jung.“ Auch diese Erklärung, unterstützt durch Vorlegung des stenographischen Berichts, nach welchem die angegriffene Aeußerung dahin lautet: „Ferner soll ein General ebenfalls, wie man sagt, Geld vertheilt haben,“ genügt Hr. v. Vincke nicht. „Wir hatten nun, erklären die Secundanten, die feste Ueberzeugung gewonnen, daß wir den Hr. v. Vincke jetzt nicht zur Vollziehung des Duells vermögen könnten.“ Nachdem Hr. Jung sich wegen des intendirten Kampfes zu rechtfertigen versucht, schließt die Erklärung: „Hier war der Kampf erlaubt und von Bedeutung, denn es galt dem Junkerthum zu zeigen, daß auch die Demokratie schlaglustig ist, sobald es der Mühe lohnt. Hr. v. Vincke hat mir freilich den Sieg sehr leicht gemacht, und das Feld, auf dem er so trotzig einherstolzirte, gar eilig verlassen. Hoffentlich wird er sich dies zur Lehre dienen lassen und den Fehdehandschuh nicht mehr so ins Blaue hinauswerfen, denn man kann bei solchen Gelegenheiten nicht wissen, wer ihn aufnimmt.“ — Der Kampf, der aus Anlaß der jüngsten posener Insurrection zwischen Hr. v. Koscielski und dem Major v. Voigts-Rheek lange Zeit in Zeitungen und Broschüren geführt wurde, soll nun gleichfalls auf einem andern Felde zum Austrag gebracht werden. Da Hr. v. Koscielski an der Revolution von 1831, während er noch der preussischen Armee als Offizier angehörte, Theil genommen hat, so wurde seine Satisfactionsfähigkeit von dem Gegner in Frage gestellt. Der militairische Ehrenrath, welcher die Sache zu entscheiden hatte, erklärte sich für Hr. v. Koscielski, und derselbe sieht seit Anfang dieses Monats der Bestimmung des Hr. v. Voigts-Rheek entgegen. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Offizier von den Ausweichungen, zu denen er in einer fremden Sache die Hand bieten mußte, in seiner eignen Angelegenheit Gebrauch machen werde. — Gegen Hr. Jung ist wegen seiner Schrift wider den berliner Magistrat eine Voruntersuchung eingeleitet. Die Stelle am Schlusse der Schrift: „Nur der Magistrat von Berlin fühlt sich wohl und küßt dem Unterdrücker die mörderische Hand,“ soll eine Majestätsbeleidigung (Eith. Nachr.)

— Der Justizminister Mintelen hat seine sämmtlichen Ministerbureaux angewiesen, sich in ihrer Geschäfts-correspondenz der alten verbrauchten Titulaturen: Wohlwöblich, Hochwöblich 2c. zu enthalten und die Behörde mit der einfachen Titulatur: Königliches Gericht zu N. N., zu bezeichnen.

— Die Stadtverordneten von Berlin haben in einer am 29. Dec. gehaltenen geheimen Sitzung nach langer Debatte eine Neujahr-

glückwuns-
schlossen
sammlun-

— D
Haftbefeh
Dec. zu
Karbe
kannten
zu seiner

* A
legt dur
a blösu
Provinz
dem Lan
definitiv
dürfen.

Gesetzgeb
edicten z
platten
Fesseln
Ablösung
Allem ein
diesen les
in den U
sie der C
ben. Ho
den neuen
der Gem
aller Ber
er überall

Erst
find nun
träglich
115 redu
wegen an
gefängniß
sehr lang
8—12 un
Beweismi

Mü
Temme
tet und b
falens im
Berhaftun
verbreitete
Hr. Temm
sich die Lie

Die
des hiesige
und Stadt
gründeten
Abgeordne
Ausführung
wirkt zu h
suchung ein
fung die

dieselbe,
dieser Maß
zwar, „daß
competente
Oberlandes
ner sich ihn
den Beschlu
ordneter ge
keinem irdi
verantwortl
Protest sof
Nach demse
scher zu T
als Gefang

Krote
fers Kreife
rung zugeg
schin wegen
berungen h
können wir
nicht zulass
Posen, 15.
den von der
den in Abre
wieder auf

glückwunschartrede an den König und eine zweite an die Königin beschlossen, welche so gehalten sein soll, daß sie alle Parteien in der Versammlung befriedige.

Der bekannte Conditor Karbe in Berlin ist auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Criminalgericht am 27. Dec. zum Arrest eingeliefert worden. Die rednerische Thätigkeit, welche Karbe am Abend des 31. Oct., wo vor dem Schauspielhause die bekannten Vorfälle sich ereigneten, entfaltet hat, sollen die Veranlassung zu seiner Verhaftung sein.

*** Aus Schlesien, 29. Dec.** Das Ministerium Brandenburg legt durch die vorläufigen gesetzlichen Bestimmungen über die Dienstablösungen und Aufhebungen von Lasten und Abgaben für unsere Provinz den Willen entschieden an den Tag, diese Verhältnisse auf dem Lande, für den Augenblick zwar nur interimistisch, aber später definitiv einer endlichen Lösung entgegenzuführen, deren sie so sehr bedürfen. Eine harte Kritik enthält diese Maßregel zugleich über die Gesetzgebung von 1811, welche sich es unter dem Namen von Cultur-edicten zur Aufgabe gemacht hatte, diese ganze Angelegenheit auf dem platten Lande zu ordnen und den Boden von allen Servituten und Fesseln der Cultur zu befreien. Nichtsdestoweniger enthalten unsere Ablösungsrecesses sogar neue Lasten, neue Servituten, und es bedarf vor Allem einer gesetzlichen Bestimmung zur Ablösung oder Aufhebung von diesen letztern; mag der Fehler hiervon in der Gesetzgebung, mag er in den Ausführungsbehörden liegen, jedenfalls sagt sich ein Jeder, daß sie der Erwartung nicht entsprochen, dem Bedürfnis nicht genügt haben. Hoffen wir deshalb, daß nunmehr endlich solche Gesetzentwürfe den neuen Kammern vorgelegt werden, worin alle die großen Lücken der Gemeinheitstheilungsordnung von 1821 ergänzt und der Boden aller Berechtigung der Art darauf entlastet, daß er endlich werde, was er überall sein soll — freies Eigenthum.

Erfurt, 28. Dec. In Folge der Ereignisse vom 24. Nov. sind nun auf beiden Seiten 53 Menschen gestorben, die meisten nachträglich an den Wunden. Die Gefangenen, welche sich jetzt bis auf 115 reducirt haben und in Militairgefängnissen detinirt werden, sollen, wegen anderweitiger Verwendung der letztern, in ordentliche Civilgefängnisse außerhalb Erfurts gebracht werden. Der Proceß geht nur sehr langsam vor sich, trotzdem daß das Criminalgericht täglich von 8—12 und von 2—7 Uhr unter den Gefangenen mit Aufnahme der Beweismittel und Zeugenverhöre zubringt.

Münster, 27. Dec. (Abends 7 Uhr.) Der frühere Abgeordnete Lemme, Director des hiesigen Oberlandesgerichts, ist soeben verhaftet und befindet sich neben den übrigen politischen Gefangenen Westfalens im hiesigen Zuchthause. Der Criminaldirector Giese nahm die Verhaftung erst nach eingetretener Dunkelheit vor. Dessenungeachtet verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer durch die Stadt, da Hr. Lemme schon in den wenigen Wochen seines hiesigen Aufenthaltes sich die Liebe und Achtung der Einwohner zu erwerben wußte. (Nat.-Z.)

Die Düsseldorf'sche Zeitung berichtet hierüber: Der Criminalsenat des hiesigen Oberlandesgerichts hat aus eigener Autorität das Land- und Stadtgericht angewiesen, gegen Hr. Lemme, „wegen des gegen ihn begründeten Verdachts, den Steuerverweigerungsbeschluß, erlassen von Abgeordneten zur Nationalversammlung, datirt Berlin, 15. Nov., zur Ausführung gebracht, wenigstens dieselbe versucht und darauf hingewirkt zu haben,“ auf den Grund des Allgemeinen Landrechts die Untersuchung einzuleiten. Das Land- und Stadtgericht hat in dieser Anweisung die Aufgabe erblickt, sofort die Verhaftung zu verhängen und dieselbe, gegen 5 Uhr Abends, vollzogen. Hr. Lemme hat sich zwar dieser Maßregel unterworfen, zugleich aber dagegen protestirt, dahin zwar, „daß er erstens nur allein das Kammergericht als das für ihn competente Forum delicti commissi anerkenne, zweitens das hiesige Oberlandesgericht durch eine Eingabe an den König betreffs seiner sich ihm gegenüber als parteilich constituirt, und drittens er selbst den Beschluß der Steuerverweigerung in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gefaßt und in dem Sinne desselben gewirkt habe, und dafür keinem irdischen Richter, sondern nur allein seinem eignen Gewissen verantwortlich sei.“ Alsdann hat Hr. Lemme verlangt, daß dieser sein Protest sofort zur Kenntniß des Justizministeriums gebracht werde. — Nach demselben Blatte soll gegen den Oberlandesgerichts-Assessor Fischer zu Dülmen ein gleiches Verfahren eingeleitet sein und derselbe als Gefangener in Münster eingebracht werden.

Krotoschin, 26. Dec. Dem Abgeordneten und Landrath unseres Kreises, Hr. Bauer, ist nachstehende Verfügung der Regierung zugegangen: „Bei der Aufregung, welche in dem Kreise Krotoschin wegen der von Ew. Hochwohlgeb. persönlich verbreiteten Aufforderungen herrscht, dem Steuerverweigerungsbeschlusse Folge zu leisten, können wir es im Interesse der Verwaltung des landrätlichen Amtes nicht zulassen, daß Sie für jetzt die Geschäfte wieder übernehmen. Posen, 15. Dec. 1848.“ Hr. Bauer hat in einer Erwiderung hierauf den von der Regierung angeführten Grund der Suspension entschieden in Abrede gestellt und demnach beantragt, die erlassene Verfügung wieder aufzuheben. (Nat.-Z.)

Bromberg, 22. Dec. Rückfichtlich der Demarcationslinie im Großherzogthume sind von unserm frühern Abgeordneten in der berliner Nationalversammlung, Major v. Voigts-Rheek, ganz bestimmte Nachrichten darüber eingelaufen, daß nun vom Staatsministerium und dem Könige die Sanction für die vom General v. Schefer-Bernstein gezeichnete Linie erteilt worden und daß letzterer die sämtlichen Vorklagen bereits der deutschen Nationalversammlung vorgelegt hat. Hr. v. Voigts-Rheek hat sich selbst nach Frankfurt begeben, um diese Angelegenheit nach allen Kräften zu beeilen. Bei der definitiven Feststellung der Linie sind die letzten dem Hrn. v. Schefer-Bernstein vorgebrachten Reclamationen des bromberger Centralausschusses für den Neßdistrikt noch berücksichtigt worden. In der deutschen Nationalversammlung ist man übrigens der Ansicht, daß die jenseit der Demarcationslinie wohnenden Polen sich wegen der Unmöglichkeit, die Kosten einer eignen Regierung aufbringen zu können, der preussischen Regierung in kurzem gänzlich in die Arme werfen und dann mit dem übrigen Großherzogthume zu Deutschland werden geschlagen werden. (Pos.-Z.)

Oesterreich.

Wien, 28. Dec. Die für Wiens arbeitende sowie genußsüchtige Bevölkerung gleich wichtige Angelegenheit des Carnevals erscheint auf befriedigende Art gelöst. Auf eine namentlich von Gast- und Kaffeeirthen eingereichte Vorstellung ist sicherm Bernehmen nach beschlossen worden, der Abhaltung von Faschingsbelustigungen kein Hinderniß in den Weg zu legen, wengleich damit keineswegs an eine Aufhebung des Belagerungszustandes vorerst gedacht wird. Die maskirten Bälle sollen aber nicht wie gewöhnlich in den Redoutensälen, sondern im Josephstädtertheater mit Vereinigung der Logen und des Prosceniums stattfinden. — In dem gestern von Hrn. v. Schmerling an seine hiesigen Wähler gehaltenen Vortrag entwickelte derselbe den Grundgedanken eines selbständigen Oesterreichs, das sich allerdings die Vereinbarung seiner Interessen mit jenen Deutschlands zur Aufgabe zu setzen, unbedingt aber jene voranzustellen habe. Dabei erschienen diejenigen Deutschlands in einer Art aufgefaßt, welche für dasselbe eine Hegemonie Oesterreichs als das Zusagendste durchblicken ließen. Die Aufgabe des Reichstags stellte sich dem von Beifallsbezeugungen oft unterbrochenen Redner in der Art dar, daß in dessen Bereich wol die Erörterung der Grundrechte siele, die förmliche Constituirung aber in so lange ausgesetzt bleiben sollte, als die ungarischen Angelegenheiten nicht geschlichtet erschienen. Heute findet eine wiederholte Versammlung statt, um Hrn. v. Schmerling den Urlaub zu seiner Mission nach Frankfurt zu gewähren. Es ist noch nicht entschieden, ob er ihn erhält; er erklärte sich im Verweigerungsfalle entschlossen, lieber auf die ihm zuerkannte Abgeordnetenstelle als auf die ihm anvertraute Mission zu verzichten. — Es bestätigt sich, daß das früher mit der Provinz Oberösterreich vereint administrierte Herzogthum Salzburg nunmehr eine abgeforderte Verwaltung mit dem Deputirten Kaiser an der Spitze erhalten soll. — Eine heute erschienene Kundmachung des Gouverneurs Welden erregt Aufsehen. Sie bestätigt das allgemein nicht geglaubte Gerücht, daß ein politischer Club besteht, welcher nichts Geringeres im Sinne hat, als die Berschanzungen auf den Bastionen zu erstürmen und sich der auf denselben postirten Geschütze zu bemächtigen. Der Gouverneur gibt bekannt, daß auf ein Signal von drei Alarmschüssen die ganze Garnison binnen 15 Minuten aufgeboten wird, und warnt nicht nur die Frevler, sondern auch die sich unvorsichtig Herandrängenden, da sogleich scharf geseuert werden würde und die Kugeln nicht immer die Schuldigen treffen. (*)

— In Bezug auf die Reorganisirung der Gerichte soll, wie wir vernehmen, der Anfang im Erzherzogthum gemacht werden. Nach den von dem Justizminister bereits früher bekannt gemachten Grundsätzen sollen die neu einzuführenden landesfürstlichen Gerichte, je nach dem Bedarf der Dertlichkeit, theils aus Collegial-, theils aus Einzelgerichten bestehen. In Bezug auf Böhmen hat die Slowanska Lipa eine dringende Petition für die durchgängige Einführung von Collegialgerichten eingereicht, ein System, welches von dem Hofrath Kulaneck, der als Commissar Böhmen bereiste, energisch vertreten wird. In Bezug auf das Erzherzogthum lauten die Berichte der beiden von ihrer Inspectionreise zurückgekehrten Commissare widersprechend, indem der eine auf eine größere Zahl von Collegialgerichten, und der andere auf eine größere Zahl von Einzelgerichten anträgt. — Das Postdepartement ist definitiv von dem Finanzministerium getrennt und der Leitung des Hrn. v. Bruck, d. h. dem Handelsministerium zugetheilt worden. Man spricht ernstlich davon, daß auch das Zollwesen dem Handelsministerium übertragen werden soll. (D. D. P.)

— Die Wiener Zeitung veröffentlicht folgendes 6. Armeebulletin: Zufolge der eben angelangten Anzeige des commandirenden Generalfeldmarschalllieutenants Puchner aus Hermannstadt und des Feldmarschalllieutenants Kulawina aus Temeswar ist es den beiden aus dem Banat unter Befehl des Generalmajors Grafen Leiningen und aus Siebenbürgen unter dem Oberstlieutenant Berger von Bianchi Infanterie entsendeten Colonnen gelungen, sich bei Aliaß zu vereinigen und mit vereinter Kraft zum Ent-

sag Arab vorzurücken. Nachdem die siebenbürgische Colonne Lippe, das nur mit einigen Szelkercompagnien besetzt war, genommen hatte, vereinigten sich die beiden Colonnen am 14. Dec. bei Engelsbrunn. Nach mehrstündigem Angriff unserer braven Truppen unter dem heftigsten Kanonenfeuer auf die Flächen vor St. Miklos, wobei sich besonders die Bataillone Bianchi und Leiningen mit seltener Bravour hervorthäten, gelang es durch Umgehung des linken Flügels, den Feind, der 15,000 M. stark die Festung ernirt hatte, in wilder Flucht zum Weichen zu bringen, der nun seinen Uebergang über die Maros zu bewerkstelligen suchte. Um das linke Marosufer vom Feinde gänzlich zu säubern, hatte ein lebhaftes Artilleriefeuer beinahe den ganzen Tag gewährt, und es mußten die daselbst besetzten Mühlen durch Granaten in Brand gesteckt werden. Der Verlust unserer braven Truppen beträgt 15 Tode und 40 Verwundete. Der Feind verlor bedeutend, und es sind bis nun schon mehr als 200 Gefangene in die Festung eingebracht. Bei dieser Gelegenheit sind auch 16 Artilleristen vom 5. Regimente vom Feinde zu uns übergegangen. Eine Abtheilung von 500 Polen hatte sich vor Arad zur Wehre gestellt; auch von diesen wurden Mehre gefangen. Ueberdies wurden noch dem Feinde vier Haubitzen und eine 12pfündige Kanone abgenommen. Der Hauptgewinn aber besteht darin: daß Arad entsetzt und demselben nunmehr auf ein Halbjahr Lebensmittel und Munition zugeführt, auch mehre 30- und 60pfündige Mörser zu ihrer kräftigern Vertheidigung hineingeschafft wurden, sodas diese Expedition ihren Zweck vollkommen erfüllt hat.

Die vorzüglichen Leistungen des Generalmajors Grafen Leiningen als Anführer wie die muthvolle Entschlossenheit und Ausdauer der vom besten Geiste besetzten Truppe wird durch den commandirenden General lobend erwähnt, welcher Muth und Ausdauer auch den Feldmarschalllieutenant Baron Berger, Festungscommandanten zu Arad, veranlaßte, dem versammelten k. k. Kriegsrathe zu Temeswar das nachfolgende Dankschreiben zu erlassen: „Vom araber k. k. Festungscommando an den k. k. versammelten Kriegsrath zu Temeswar. Ew. Exc. und dem verehrten versammelten Kriegsrathe, welcher mir die Ueberfendung so ergiebiger Vorräthe beschloß und diese große Aufgabe einem Heerführer anvertraute, welcher mit besonderer Einsicht, Klugheit und Entschlossenheit diese schwierige Expedition zum glücklichsten Erfolge zu führen verstand, meinen tiefgefühlten Dank mit genugsam bedeutenden Worten auszudrücken, vermag ich nicht. Die weitere Erhaltung der Festung Arad für die gute Sache ist durch diese Sendung vollkommen gelungen. Die hierbei verwendeten Truppen und alle Stabs- und Oberoffiziere haben nebst der Bravour und dem Heldenmuth im Kampfe selbst eine bewunderungswerthe Ausdauer bei diesen Strapazen und Mühseligkeiten an den Tag gelegt. Möge Alle das Bewußtsein lohnen, daß sie zu einem großen Zwecke diese Opfer mit seltener Resignation gebracht haben. Festung Arad, 14. Dec. 1848. Berger, Feldmarschalllieutenant.“ Der Militär- und Civilgouverneur: Welden, Feldmarschalllieutenant.

— Nach den von der Wiener Zeitung veröffentlichten Ergebnissen der finanziellen Gehahrung im Verwaltungsjahre 1848 (November 1847 bis October 1848) betragen die Einnahmen 112,507,982, die Ausgaben 156,013,094 Fl., und ergab sich somit ein Abgang von 43,505,162 Fl. Dieser Ausfall entstand theils aus den hinter dem Voranschlage zurückbleibenden Einnahmen, theils aus den den Voranschlag überschreitenden Ausgaben. Aus der Lombardei hörten die Einnahmen seit Mitte März, aus Ungarn seit dem 1. April, aus Siebenbürgen seit dem 21. Jun. auf und sind mit 35,438,000 Fl. berechnet; das Zurückbleiben von Einnahmen aus andern Provinzen beläuft sich auf 7,776,068 Fl. Der Militäraufwand betrug 71,359,032 Fl. und überstieg den Voranschlag allein um 17,049,032 Fl.

* **Prag, 29. Dec.** Großfürst Konstantin traf gestern in Begleitung des Generals Romanow hier ein. Erzherzog Karl Ferdinand empfing ihn und begleitete ihn nach der Burg. — Wir erfahren aus guter Quelle, daß Erzherzog Wilhelm (der viertgebohrne Sohn des Erzherzogs Karl) zum commandirenden General für Böhmen bestimmt sei. — Das gegenwärtige Ministerium, gegen das die hiesige Presse, und zwar sowohl die deutsche als tschechische, Opposition zu machen beginnt, scheint vor Allem die Verwaltung der Provinzen besser organisiren und mannichfache Ersparungen durch Herabsetzung von Pensionen und Verminderung des Personals bezwecken zu wollen, doch dürften mehre Verfügungen dieser Art schwer durchführbar sein. — Ein Ministerialerlaß an die Präsidenten der Provinzen verlangt genaue Berichte über alle in der Provinz bestehenden Associationen aller Art, sowie über die Anzahl und politische Farbe sämtlicher in der Provinz erscheinenden Tagesblätter und der Größe der Auflage, damit „das Ministerium in der Lage sei, die Wünsche und die Stimmung der Bewohner der Provinz genauer kennen zu lernen.“ — Heute ist die erste Sitzung des Congresses aller Slowanska-Lipa-Bereine im Königreiche Böhmen. Bis gestern Abend waren 28 Vereine durch 36 Vertrauensmänner vertreten hier anwesend. Es waren auch zwei mährische Vereine dabei vertreten. Gestern Abend wurden die Deputirten in dem festlich geschmückten Vereinslocal empfangen. Seltsam war die Ausschmückung des Saales: das Bild des Kaisers hing zwischen den Portraits von Huf und Ziska. — Wie wir hören, hat der Deutsche Verein in Prag eine Deputation sämtlicher Deutsch-Böhmen an den Kaiser Franz Joseph angeregt, um ihm die Huldigung der Deutsch-Böhmen zu bringen. Heute Abend ist eine Plenarversammlung des Deutschen Vereins, in welchem die Abfindung dieser Deputation besprochen wird. — Auch die hiesige Israeliten ge-

meinde schickte bei der Wiedereröffnung des Reichstags eine Deputation nach Kremsier, um den Deputirten die Emancipationsangelegenheit dringend ans Herz zu legen. Obschon in einigen Abtheilungen die Emancipation hartnäckigen Widerstand fand, so hat doch der Constitutionsauschuss dieselbe in dem zweiten Entwurfe beibehalten. — Durch die Niederlegung der Reichstagsmandate einiger Abgeordneten, namentlich Dr. Hamernik's, Dr. Sedo's und Hawliczek's, werden neue Wahlen in diesen Bezirken ausgeschrieben.

Von der russischen Grenze, 26. Dec. Seit zwei Tagen ist das Verbot der Ausfuhr von Pferden, Hornvieh, Getreide und Mehl von Rußland nach Galizien aufgehoben worden, und wir sehen der Hoffnung entgegen, daß noch andere Concessionen baldigst nachfolgen werden. (Brsl. Z.)

Triest, 25. Dec. Das englische Dampfschiff Ardent kam gestern Nachmittag aus Venedig hier an; es brachte die Nachricht mit, der englische Dampfer Mutine sei bei Palestrina oberhalb Chioggia gescheitert, wobei 14 Matrosen und 3 Offiziere das Leben verloren haben. Der Capitain des Mutine soll nicht auf dem Dampfer gewesen sein und vergeblich den Küstenschiffen eine bedeutende Summe angeboten haben, wenn sie ihn an Bord brächten. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Rom, 20. Dec. Der Sturm ist wieder für einen Augenblick beschworen. Die Giunta ist constituirt: Galletti hat angenommen. Einen Schritt aber hat man vorwärts thun müssen: die Giunta stellt sich nur temporair an die Spitze des Staats, bis eine römische Constituente über das Weitere entschieden haben wird. Das Ministerium bleibt, wie es scheint. Den republikanischen Wählereien tritt man erst entgegen. Eine Schar sogenannter Croi zog gestern mit Trommler, Fahne und Freiheitsmütze herum; da legte sich die Civica ins Mittel und trieb jene aus einander, ja sie soll einmal das Gewehr auf diese Fratelli angeschlagen haben. Man machte die Piazza SS. Apostoli zum Hauptquartier; auch Linieninfanterie und Cavalerie stellte sich am Venetianischen Platz auf. Die Civica sendete eine Deputation ihres Generalstabes an das Ministerium und bat um Ausweisung der fremden Ruhestörer (Lombarden, Sicilier, Polen etc.). Sterbini brachte das Versprechen der Gewährleistung dieser Bitte, und schon in dieser Nacht sollen an 300 Individuen dieses Gelichters Befehl zur Abreise bekommen haben, wie es scheint, auch Garibaldi, der ihren Mittelpunkt bildete. — In der letzten Zeit hat der Prinz von Canino eine große Schar Gefindels, wie man sagt, einige Hundert, in ziemlich hohem Solde gehabt. Seine nicht übermäßig glänzenden Vermögensumstände kamen dadurch völliger Zerrüttung nahe. Dies soll die Familie veranlassen haben, ihn unter Curatel zu stellen. Sein Vetter in Paris hat übrigens durch sein Schreiben an den Nuntius hier verspielt; der „Contemporaneo“, ohne die Desavouirung Canino's zu erwähnen, nimmt es sehr übel, daß der pariser Candidat die weltliche Gewalt des Papstes wie seine Mitbewerber in Schutz nimmt. (D. P. A. Z.)

Frankreich.

Paris, 28. Dec.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde ganz von der Debatte über die Salzsteuer in Anspruch genommen. Trotz der Bemühungen des Finanzministers nahm die Versammlung mit 403 gegen 360 Stimmen ein Amendement an, welches die Steuer vom 1. Jan. 1849 an auf ein Drittel oder 10 Fr. herabsetzt. Das ganze auf diese Weise abgeänderte Gesetz fand zuletzt Annahme mit der schwachen Majorität von 9 Stimmen, 372 gegen 363.

— Der Präsident der Republik empfing gestern das diplomatische Corps und eine große Anzahl Notabilitäten der Armee.

— Man spricht von einer zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Convention, in Folge deren beide Staaten starke Geschwader vor Civitavecchia und Ancona schicken werden.

— Hr. de la Moskowa, Oberstlieutenant der Reiterei, ist an der Stelle des Hrn. Emmanuel Arago zum Gesandten in Berlin ernannt.

— Hr. v. Haumer, der Gesandte der deutschen Centralgewalt, dem es nicht gelungen ist, sein Beglaubigungsschreiben abzugeben, ist von Paris abgereist.

— Der neue Unterrichtsminister, Hr. de Falloux, hat eine Commission ernannt, welche den Zustand des Religionsunterrichts in den Collegien und in den verschiedenen Universitätsanstalten sowie in den Primairschulen untersuchen soll.

— In Amiens sind ernstliche Unruhen ausgebrochen. Erbittert, daß das neue Ministerium den von der provisorischen Regierung eingesetzten Präfecten und Staatsanwalt noch nicht zurückberufen, hat das Volk diese Beamten aus der Stadt gejagt.

— Als die Resultate der Abstimmung für die Präsidentenwahl bekannt gemacht wurden, fiel die geringe Anzahl Stimmen auf, welche auf der vor Neapel stationirten Geadre des Admirals Baudin abgegeben worden waren. Man erfährt jetzt, daß dies daher rührte, daß mehr als 2000 Stimmzettel, im Widerspruche mit den Bestimmun-

gen der
zeichnet

— D
nach der
in Toul
trägt m
decker F
Empfan

— R
nats na
Cursus
fügung

— D
hatte in
schalls B
des Sieg
pfen in
Entscheid

reich auf
festelt zu
Marschal
welche di

der Sieg
meine un
enthält d
Generals

lich, daß
die bestie
lungen e

Lon

In
ein vollk
stokratie
ob und
nommen.

lich, seit
der Weid
führlich

Die Arm
Armenha
Plympud

— Die
Auffstand
reichsch
wie Pitt
vollständig

despotisch
wesen, in
die übrige
Privilegien

zu lassen.

— Am
englisch
mehr als
nicht über

13,882 ni
300, 2647
und 177 i

Aus
Telegraph
ausgegang
Wunsch, n
und nach

Der
schen Morg
gigkeit Da
gen werde

— * *
viere das
ses geliebte
wir in freu
mit Se. D
berzliches

[9]

gen der Constitution, mit dem Namen des Prinzen von Joinville bezeichnet waren.

— Die Regierung soll aus Italien Depeschen erhalten haben, wonach der Papst binnen kurzem nach Frankreich kommen würde. Auch in Toulon hofft man auf die baldige Ankunft des Papstes. Dort trägt man sich schon mit der Nachricht, daß Pius IX. auf dem Dreidecker Friedland eintreffen werde, und trifft Vorbereitungen zu seinem Empfange.

— Nach dem Coenement wird Hr. Guizot zu Anfang nächsten Monats nach Paris kommen und sich dem Unterrichtsminister zu einem Course von Vorlesungen über die Geschichte der Civilisation zur Verfügung stellen.

— Der interimistisch die Alpenarmee befehlige General Magnan hatte in einem Tagesbefehl, der den Truppen die Ernennung des Marschalls Bugeaud anzeigt, unter Anderm Folgendes gesagt: Das Schwert des Siegers von Isly, von La Siku und in hundert ruhmreichen Kämpfen in Catalonien, in den Alpen und in Afrika wird schwer in der Entscheidung der Geschichte Italiens wiegen; und wenn jemals Frankreich aufhört, euern Eifer und eure Ungebuld am Fuße der Alpen gefesselt zu halten und euch befehlt, sie geführt von dem ruhmreichen Marschall zu übersteigen, so würdet ihr euch auf den Gefilden Italiens, welche die Zeugen unsterblichen Ruhms sind, als die würdigen Kinder der Sieger von Montenotte, Rivoli, Arcole und Marengo zeigen. Bis meine und eure Wünsche befriedigt sind, werdet ihr ic. Der Moniteur enthält darüber Folgendes: Mit Bezugnahme auf den Tagesbefehl des Generals Magnan macht der Kriegsminister allen Generalen bemerklich, daß ihre Tagesbefehle sich in den Grenzen halten müssen, welche die bestehenden Regulative vorschreiben, und keine politischen Anspielungen enthalten dürfen.

Großbritannien.

London, 28. Dec.

In der Politik ist in dieser Zeit des Jahres in England stets ein vollkommener Stillstand. Der Hof, die Minister und die Aristokratie liegen auf ihren Landhöfen den Pflichten der Gastfreundschaft ob und sind von der Nachfeier des Weihnachtsfestes in Anspruch genommen. Auch in dem königl. Schlosse zu Windsor hat wie alljährlich, seitdem Prinz Albert diese Sitte nach England verpflanzt hat, der Weihnachtsbaum gebrannt, und die Zeitungen beschreiben ausführlich seinen Glanz und die schönen Sachen, die daran gehangen. Die Armen werden auch nicht vergessen, und selbst die Bewohner des Armenhauses und der Gefängnisse bekommen zum Feste Roastbeef und Plum pudding.

— Die Times bespricht die Siege Oesterreichs über den ungarischen Aufstand und spricht ihren Beifall aus über den Plan des österreichischen Ministeriums, den ungarischen Aufstand zu benutzen, wie Pitt den irländischen im Jahre 1788 benutzte, nämlich zu einer vollständigen Verschmelzung der beiden Länder. So lange Oesterreich despotisch regiert worden, sei eine solche Verschmelzung unmöglich gewesen, in dem constitutionellen Oesterreich aber sei es unbillig gegen die übrigen Bestandtheile des Staats und unpolitisch, Ungarn solche Privilegien wie Befreiung von der Besteuerung durch die Centralbehörde zu lassen.

— Am 5. Jul. d. J. hatten 284,127 Personen Zinsen von der englischen Staatsschuld zu empfangen. 275,721 erhielten nicht mehr als 200 Pf. St., 96,415 nicht über 5, 44,977 über 5 und nicht über 10; 96,025 nicht über 50; 24,462 nicht über 100, und 13,882 nicht über 200; 4032 erhielten mehr als 200 und nicht über 300, 2647 nicht über 500, 1222 nicht über 1000, 328 nicht über 2000, und 177 über 2000 Pf. St. jährlich.

Dänemark.

Aus Helsingborg vom 21. Dec. schreibt man dem Nordischen Telegraphen, daß von den ersten Kaufleuten dieser Stadt eine Adresse ausgegangen sei, die bereits zwischen 5—6000 Unterschriften zähle, den Wunsch, mit Dänemark vereinigt zu bleiben, unumwunden auszusprechen und nach Frankfurt a. M. geschickt werden solle.

Schweden und Norwegen.

Der Nordische Telegraph stimmt einer Aeußerung des norwegischen Morgenblades bei, daß der Verlust Schleswigs die Abhängigkeit Dänemarks von Deutschland zur Folge haben werde. Norwegen werde auch einem solchen Verluste nicht mit Ruhe zusehen können,

denn Deutschland mit Dänemark in seiner Gewalt würde Norwegen gefährlicher sein als Rußland. Auch wenn Dänemark im Falle dieses Verlustes sich mit Schweden verbände, würde Norwegen nicht damit gedient sein, weshalb Norwegen an den Bestrebungen Dänemarks, Schleswig in Besitz zu bekommen, theilnehmen müsse. Man scheint sich demnach in Norwegen vor dem Uebergewichte zu fürchten, das Schweden im Fall einer Machtvergrößerung durch die dänischen Inseln erhalten würde. — In Norwegen ist gegenwärtig ein neues Postgesetz nach englischem Muster in Vorarbeit. Hiernach würde für alle Briefe, wenn sie zu Lande befördert werden, $1\frac{1}{3}$ Ngr., und für alle zur See oder über See gesandte Briefe $2\frac{1}{2}$ Ngr. Porto festgesetzt werden. — Es ist eine neue Batterie „Koholmen“ angelegt worden. — Das Kongsbarger Silberbergwerk hat in den letzten Jahren ein monatliches Erträgniß von 11—13,000 Species gehabt; der November d. J. hat dagegen 18,000 Species thaler ergeben.

Handel und Industrie.

Wiesbaden, 27. Dec. Unsere Landesbank tritt mit dem 1. Jan. 1849 an die Stelle der bisherigen Landescredittcasse in Wirksamkeit. Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Landesbank, daher auch der Gewinn sein Eigenthum wird. Die Landesbank gibt Darlehen gegen Hypotheken an Liegenschaften in doppeltem Werth. Auf Zeheneigenthum wird nur im fünffachen Werth und nur auf ein Jahr geliehen. Sie gibt ferner Darlehen zur Ablösung von Reallasten, z. B. Zehnten gegen Schuldverschreibungen der pflichtigen Grundbesitzer. Solche Darlehen, wie auch kleinere, sollen bevorzugt werden. Die Zinsen und die jährlichen Capitalrückzahlungen sind in halbjährigen Terminen zu entrichten, mit dreimonatlicher Aufständigung. Die Bank kann Credit an Landesangehörige, Handel- und Gewerbetreibende auch auf Erzeugnisse der Landesindustrie oder sonstige Waaren, sichere Forderungen und gute Bürgschaft geben. Die Landesbank soll Wechsel auf das Inland oder die nahe gelegenen größeren Handelsplätze (also auch Frankfurt a. M.), welche in der Regel mit drei Unterschriften solider Geschäftsleute einschließlich des Accepts versehen sein müssen und nicht über drei Monate zu laufen haben, sowie andere sichere Papiere escomptiren. Die Landesbank treibt Incasto- und Girogeschäfte und ist zu Depositengeschäften befugt. Sie kann mit auswärtigen Bankhäusern in Verbindung treten und soll der Landesbank und dem Centralfonds vorübergehend, längstens auf ein Jahr, aushelfen. Ihr Betriebsfonds besteht zunächst aus größeren Anlehen, wenn sie die verfassungsmäßige Genehmigung erhalten haben. Sie ist zugleich Generaldepositenkasse; über 50 fl., wenigstens auf 6 Monate stehend, verzinst sie mit 3 Proc. Die Landesbank ist endlich auch Sparkasse mit $4\frac{1}{6}$ Proc. Zinsen für Darlehen von 5 bis 100 fl. für die weniger bemittelten Landesbewohner, mit dreiwöchentlicher Aufständigungszeit. Sie ist allein berechtigt, Banknoten bis zu 1 Mill. fl. auszugeben. Die bisherigen Landescredittcassenscheine werden bis auf weitere Bestimmung als Banknoten beibehalten. Halbjährlich hat sie eine Darstellung ihres Geschäftsbetriebs öffentlich bekannt zu machen. Dies die wesentlichsten Bestimmungen unsers Bankgesetzes. (S. 3.)

Frankfurter Börse, 29. Dec. Destr. Bfact. 1188 Br.; 250 fl. L. $75\frac{1}{4}$; 500 fl. L. $128\frac{1}{4}$; Bait. $3\frac{1}{2}$ pc. $75\frac{1}{8}$; Bad. 50 fl. L. $45\frac{1}{4}$; Darmst. 50 fl. L. $61\frac{3}{8}$; 25 fl. L. 21; Raff. 25 fl. L. $20\frac{3}{4}$; Sard. $24\frac{1}{4}$; Kurhess. 25. Disc. $1\frac{1}{4}$ %. Launusb. 269; Nordb. $39\frac{1}{8}$; Verb. $67\frac{1}{4}$.

Londoner Börse, 26. Dec. 3pc. Conf. 89; Span. act. $14\frac{1}{8}$; 3pc. $28\frac{1}{4}$; pass. $3\frac{3}{8}$; $2\frac{1}{2}$ pc. Holl. Int. 50, 4pc. 75.

Berliner Börse, 30. Dec. Preuß. Fonds und Geldsorten: Freiw. Anl. 5pc. $100\frac{1}{2}$, Staatsf. $3\frac{1}{2}$ pc. $79\frac{1}{4}$, Seehandl. Präm. 95, Pfandbr. westpr. $3\frac{1}{2}$ pc. $83\frac{1}{2}$ Br., pofen. 4pc. $96\frac{1}{4}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$ pc. $81\frac{1}{2}$ Br., ostpr. $3\frac{1}{2}$ pc. $90\frac{1}{2}$, pomm. $3\frac{1}{2}$ pc. $90\frac{1}{2}$ Br., kur- und neumark. $3\frac{1}{2}$ pc. 91, Bankantheil. 94, Friedrichsd. $113\frac{1}{2}$, Louisd. $112\frac{1}{2}$, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berg-Mark. 60, Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 83 Br., Prior. Act. 4pc. 87, Berl.-Hamb. 4pc. $64\frac{1}{2}$, Prior. Act. $4\frac{1}{2}$ pc. $93\frac{1}{2}$, 2. Em. 88 Br., Berl.-Potsd.-Magd. 4pc. 61, Prior. Act. 4pc. A. u. B. 83, 5pc. $92\frac{1}{4}$, Berl.-Stett. 90, Prior. Act. 5pc. $100\frac{1}{2}$, Köln-Mind. 4pc. $80\frac{1}{2}$, Prior. Act. $4\frac{1}{2}$ pc. $92\frac{1}{4}$, Krakau-Obf. 4pc. 39 Br., Prior. Act. 72 Br., Magd.-Halb. 4pc. 116, Magd.-Leipz. Prior. $92\frac{1}{2}$, Mecklenb. 34, Nieberf. 4pc. 72, Prior. Act. 4pc. $86\frac{1}{4}$ Br., 5pc. 97, Prior. Serie III. 5pc. $93\frac{1}{4}$, Oberschl. Litt. A. $3\frac{1}{2}$ pc. $94\frac{1}{2}$, Litt. B. $3\frac{1}{2}$ pc. $94\frac{1}{2}$, Pr. Wilh. Prior. (St.-B.) 5pc. 80, Rhein. 51 Br., Pr. St. 4pc. 70 Br., Starg.-Pos. 4pc. 71, Thür. 4pc. $48\frac{1}{2}$, Prior. $4\frac{1}{2}$ pc. 86. — Luftungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4pc. 83 Br., Nordb. (Fr.-B.) 4pc. 40. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5pc. $102\frac{1}{2}$ Br., 1. Anl. Hope 4pc. $84\frac{1}{2}$, 2.—5. Anl. (Stiegl.) 4pc. $84\frac{1}{2}$, Poln. Schagob. 4pc. $69\frac{1}{2}$, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. $91\frac{1}{4}$, (neue) 4pc. $90\frac{1}{4}$, Part. à 500 fl. 4pc. $71\frac{1}{4}$, à 300 fl. $97\frac{1}{2}$, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 300 fl. 5pc. 83, Bank-Cert. zinsl. $13\frac{1}{6}$, Hoff. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 26 Br., Neue bad. Anl. à 35 fl. 15 Br.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

* * Aus Leipzig. Unterzeichnete, die bei der Anwesenheit Sr. Durchlaucht des Fürsten von Hedingen in Leipzig im Hôtel de Baviers das Glück hatten, am 28. December zur fürstlichen Abendtafel geladen zu werden, können nicht umhin, als schlichte Unterthanen dieses geliebten Fürsten dies zu veröffentlichen und dafür den gerührtesten Dank auszusprechen. Unvergesslich werden uns die Stunden sein, die wir in freundlicher Nähe und Umgebung Sr. Durchlaucht verlebt haben. Bei der herablassendsten Milde und biedern Treuherzigkeit, womit Sr. Durchlaucht uns begegneten, ging uns das Herz gar gewaltig auf in Gegenliebe! Ja wahrlich, wenn überall Fürst und Volk ein herzliches Band umschließt — dann ist deutsche Einheit und deutsche Brüderlichkeit nicht mehr ein leerer Traum.

[9] W. Schuler nebst Sohn aus Schlatt und die Gebrüder Mädle aus Hausen.

Ankündigungen.

Für Freunde gesinnungstüchtiger Lectüre.

Mit der nächsten Woche beginnt der vierte Jahrgang unserer **Wochenschrift**:

Der Leuchtthurm

redigirt von **Ernst Keil.**

Eine von den wenigen Zeitschriften, die schon seit Jahren die Sache der Freiheit mit energischer Entschiedenheit vertheidigen, hat sich der **Leuchtthurm** neuerer Zeit durch seine feste rücksichtslose Opposition im Kampfe gegen die Reaction, besonders aber durch seine markvollen Artikel über die **österreichischen, preussischen und centralpolitischen Volksverrathe** die Achtung aller wahrhaften Demokraten so allgemein erobert, daß jede weitere Anpreisung überflüssig ist. Wir bemerken deshalb auch nur, daß die bisherige Haltung des Blattes mit derselben Consequenz und Entschiedenheit auch im kommenden Jahre aufrecht erhalten werden wird.

Der „Leuchtthurm“ erscheint monatlich vier Mal und zwar jeden Ersten des Monats **4 bis 5 Bogen** und die übrigen Wochen **1 bis 1 1/2 Bogen** stark, und bringt monatlich außer der dazu gehörigen Biographie das vortrefflich ausgeführte

Portrait eines freisinnigen Zeitgenossen

und dann und wann

eine gute **politische Caricatur.**

Der Preis pro Quartal ist **nur 24 Neugroschen.**

Leipzig, im December 1848.

Alle Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an.

Ernst Keil & Comp.

[4191—92]

Abonnements-Erneuerung.

Illustrierte Zeitung für 1849.

Wöchentliche

Nachrichten über alle Zustände, Ereignisse und Persönlichkeiten der Gegenwart,

aber
Tagesgeschichte, öffentliches und gesellschaftliches Leben, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Wissenschaft und Kunst, Musik, Theater und Mode.

Mit jährlich über 1000 in den Text gedruckten bildlichen Darstellungen.

Vierteljährlicher Pränumerationspreis 2 Thlr. — 3 Fl. C.-M. — 3 Fl. 30 Kr. Rhein.

Die Illustrierte Zeitung, welche allen öffentlichen Lesecirkeln und jedem gebildeten Familienkreise als die belehrendste und unterhaltendste Lecture empfohlen werden kann, erscheint regelmäßig jeden Sonnabend in Nummern von 48 Follspalten mit 15—20 in den Text gedruckten Abbildungen. — Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Zeitungs Expeditionen angenommen.

Leipzig, Expedition der Illustrierten Zeitung.

[4226]

Es ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen die humoristisch-satirische Broschüre:

Prost Neujahr! des deutschen Klitschklatz-Pumpernickel.

Inhalt: Komische Ansichten: 1) Befehrungsmethode der Reaction; 2) Brangelereyen; 3) Was die Reichsversammlung für Robert Blum gethan; 4) Der Dorelsgänger; 5) Das Galle'sche Raubthier mit vier kleinen Illustrationen.

Preis 2 1/2 Ngr.

Gleichzeitig beehren wir uns anzuzeigen, daß das humoristisch-satirische, mit guten Holzschnitten versehene Wigblatt:

Deutscher Klitschklatz-Pumpernickel,

vom 1. Januar l. J. regelmäßig alle Wochen ein Mal und zwar **Freitags** erscheinen wird. Abonnementspreis für hier und Umgegend 7 1/2 Ngr., für auswärts 10 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr. Alle Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an. **Abonnenten erhalten die obige Broschüre unentgeltlich** und können sie direct von der Redaction oder durch die Buchhandlungen beziehen.

Leipzig, im December 1848.

[4194—96]

Die Redaction und der Verlag des Pumpernickel.

Werkvermiethung.

Borzugsweise den Herren

Juwelieren

zur Beachtung. Das bisher von den Herren **Hense & Gebrüder** aus Rürth innegehabte Local: **Brühl Nr. 12, 2. Etage**, ist für nächste und folgende Messen zu vermiethen.

[6—7]

Wir sind für die Dauer dieser Neujahr-Messe hier anwesend und in unserm gewöhnlichen Locale **Grimmaische Straße Nr. 15, 1. Etage**, anzutreffen.

[4202—4]

Leipzig, den 27. December 1848.

Loesener & Schoch
aus Magdeburg.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 1. Jan. 1849. **Die Sündenböcke**, Lustspiel in 3 Acten von Robert Benedix. —
Darauf: **33 Minuten in Grüneberg**, Lustspiel in 1 Act von Holtey.

Dienstag, 2. Jan. **Martin Luther**, Tragödie in 5 Acten von Klingemann.

Lager

[2—3]

der
Porzellan-Manufactur
von
Christian Eckardt
aus **Cahla bei Jena.**
Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 48.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 7 1/2 Uhr verschied leicht und schmerzlos unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater, der Comthur des R. S. G. B. D. Professor Dr. **Gottfried Hermann**, im 77. Jahre seines Alters. Wir bitten um stilles Beileid.

Leipzig, Mostock, Grünstädtel, 31. Dec. 1848.

[8] Die Hinterlassenen.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Gustav Esche in Leipzig mit

Frl. Iduna Semmel in Gera.

Geboren: Hr. W. Keilhau in Weicheritz

eine Tochter. — Hr. Louis Deser in Neusalza

eine Tochter. — Hr. Wilhelm Pflugbeil in Leip-

zig ein Sohn. — Hr. Karl Rüdinger in Chem-

nitz ein Sohn. — Hr. Kaufmann Rob. Schmidt

in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Frl. Luise Amalie Blankmeister

in Reubitz. — Hr. Oberlehrer Daniel Aug. Bö-

land in Baugen. — Hr. J. Kirchhoff in Leipzig.

— Hr. Leihhausbeamter G. G. Otto in Leipzig.

— Hr. Rechnungsassistent J. G. Saupe in Pirna.

— Hr. Johann Christian Thiele in Leipzig.

Die

Leipziger
erf
zu be
Postäm

Deuts

Reich

fisch-

und d

Gr. A

ziere

des A

gesche

Karl

Staat

Land

Goth

wig-

mark.

des c

— D

Preuß

Halle.

Das

unter

rer u

Unter

Greif

Osterr

Minis

run-

Baron

fische

Hrn.

glieder

verneu

Wahln

+ Lei

Zeitung

ling an

für Erla

hältnisse

in dieser

Frift gel

des öffent

der Wah

tung aus

land sich

gens wir

tigter für

surt a. A

Fassung

ein sehr

tung, we

„Herrn“

nen erblic

jezt die

gung der

der der

über die

Staatsm

jenen Ge

in Münd

das erste

exerciren

geschehen.

ben erläß

Beamten,

nif erläu

an am kö

allen auf

sung des

landsereic

schäftigt d

Holstein n